

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 35 (1956)
Heft: 7

Artikel: Der Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands
Autor: Erler, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336907>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

riellen Dingen, dem Geld, den Vergnügungen, den Sinnlichkeiten nachjagend. Idealismus heißt heute: aufopfernd, ohne Erwartung eines Lohnes eine große Idee verfechtend, für hohe Ideale kämpfend.

Wir brauchen uns nicht zu schämen, daß die Arbeiterbewegung in erster Linie einmal für materielle Dinge kämpfte, und zwar mit einem großen Idealismus – mit Verlaub zu sagen. Ungezählt sind die Idealisten in der Arbeiterbewegung, die unter Hintansetzung der eigenen Vorteile und unter Aufopferung sogar des eigenen Lebens für die materielle Besserstellung ihrer Klassengenossen kämpften. Es gab für das Proletariat nichts anderes. Nach Kulturgütern kann man erst streben, wenn man die primitiven Lebensbedürfnisse befriedigt hat. Die Vertrauensleute der Arbeiterbewegung dürfen aber stolz für sich in Anspruch nehmen, daß sie in einem vorerst nur nach materieller Lebensverbesserung strebenden Proletariat überhaupt den Sinn für «höhere Dinge», für die Kulturgüter geweckt haben.

FRITZ ERLER

Der Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands

Der Abdruck dieses Artikels in der deutschen Originalfassung erfolgt mit Genehmigung der Zeitschrift «Foreign Affairs», Newyork.

Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Jahre 1945 wurde Deutschland von den Streitkräften der Sowjetunion, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten besetzt. Das Potsdamer Abkommen legte die vier Besatzungszonen fest. Es stellte auch den Grundsatz eines einheitlichen deutschen Staates unter Viermächtekontrolle auf. Die oberste Gewalt über Deutschland sollte vom Alliierten Kontrollrat in Berlin ausgeübt werden. Deutsche Zentralverwaltungen mit Zuständigkeit für wichtige Fachgebiete, wie Finanzen, Verkehr und Post, sollten unter dem Kontrollrat geschaffen werden und für das ganze Land arbeiten. Frankreich trat jedoch diesen Abmachungen nicht bei, da es damals überhaupt gegen die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staatswesens war. Es wehrte sich ja auch noch 1946 gegen die Zulassung einheitlicher politischer Parteien mit dem gleichen Namen auch nur in den drei Westzonen.

Jede Besatzungsmacht versuchte, ihre Zone nach dem Ebenbild ihres Mutterlandes zu gestalten. Von der Organisation der Polizei bis zu den Kino-programmen erhielten die verschiedenen Teile Deutschlands ihre politischen

Institutionen, Selbstverwaltung, Presse, kulturelles Leben und sogar die Ideale für die Jugenderziehung von den jeweiligen Zonengebietsräten. Je mehr sich die Zonen ihrer jeweiligen Besatzungsmacht annäherten, desto fremder wurden sie einander.

Dieser Prozeß wurde in der Sowjetzone am wirksamsten durchgeführt. Anfang 1946 zerstörte die Kommunistische Partei die Unabhängigkeit der Sozialdemokratie und nannte sich in «Sozialistische Einheitspartei» (SED) um. Die Kommunisten zwangen die anderen bestehenden Parteien (Liberale und Christliche Demokraten) zu einer reinen Satellitenrolle. Sie schufen unter verschiedenen Namen Parteien, die in Wirklichkeit nur von ihnen erfunden und geführt wurden und keine Unabhängigkeit besaßen. Jetzt sind alle sogenannten politischen Parteien in der Sowjetzone unter wirksamer kommunistischer Kontrolle. Die «Verfassung» von 1950 steht nur auf dem Papier. Die Wahlen sind, wie in allen Diktaturen, weder frei noch geheim. Die Wählerschaft kann nur zu einer einzigen Namensliste ja sagen. Alle Arten von Druck führen zu dem bekannten Resultat von 99,9 Prozent Ja-Stimmen.

Während der Bolschewisierung der Sowjetzone errichteten die Westmächte in ihren Gebieten deutsche Behörden auf der Gemeinde-, Kreis- und Landesgrundlage, und zwar zuerst durch Ernennung, dann durch freie Wahlen. Die zugelassenen politischen Parteien waren wirklich frei und standen in einem offenen Wettbewerb. Von 1946 bis heute verstärkten die Christlichen Demokraten ihre Position (CDU rund 40 Prozent), gefolgt von den Sozialdemokraten (SPD rund 30 Prozent), den Freien Demokraten (FDP rund 12 Prozent) und einigen kleineren Gruppen. Die Kommunisten fingen mit 10 Prozent an und sind auf weniger als 5 Prozent abgesunken, so daß sie im Bundesparlament nicht mehr vertreten sind. Von 1945 bis Mitte 1947 gab es in Westdeutschland nur die Gesetzgebung der Besatzungsmächte und der elf Länder, von 1947 bis 1949 auch die des Wirtschaftsrates für die englische und amerikanische Zone. Das erklärt die Schwierigkeiten der 1949 gegründeten Bundesrepublik, die verschiedenen Teile des Landes wirklich zu verschmelzen. Neue Grundlagen mußten geschaffen werden. Die Nazi-Gesetze enthielten totalitäre Gedanken; die Gesetze der Weimarer Republik paßten zum Teil nicht mehr in die Gegenwart, und die Gesetze der Besatzungsmächte waren je nach ihrer Herkunft sehr verschieden. Diese schwierige Aufgabe für das gegenwärtige Parlament gibt schon einen Ausblick auf die Schwierigkeiten der Wiedervereinigung mit der sowjetischen Besatzungszone.

Tatsächlich hat die Politik der Sowjets ihre Zone von den Westzonen getrennt. In den gesetzlichen Formen folgten aber die Sowjets den westlichen Entscheidungen nur Schritt für Schritt. Zuerst führte der Westen eine harte, aber notwendige Währungsreform durch, und dann erst brachten die Sowjets in ihrem Gebiet die DM-Ost heraus. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik

stammt von 1949, die «Verfassung» der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von 1950. Die militärischen Abmachungen von Warschau zwischen den Sowjets und ihren europäischen Satelliten einschließlich der DDR folgten dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO. Es kann sein, daß sogar die Wehrpflicht in der Sowjetzone nicht eher eingeführt wird, bevor sie in Westdeutschland Tatsache ist. Sowjetrußland versucht systematisch zu beweisen, daß nicht seine Politik, sondern die des Westens Deutschland gespalten hat. Heute findet das keinen Glauben. Das kann aber künftig anders werden, wenn die Wiedervereinigung für lange Zeit unerreichbar scheint.

Unter Wiedervereinigung verstehen wir heute die Verschmelzung der Bundesrepublik, Berlins und der Sowjetzone. Tatsächlich aber ist das Völkerrechtssubjekt Deutschland, das sich im Krieg mit dem halben Erdball befand und dessen Grenzen solange die von 1937 sind, als kein Friedensvertrag eine andere Regelung getroffen hat, in mehr als drei Stücke zerschlagen worden:

1. die Bundesrepublik, 2. die DDR, 3. Westberlin, 4. Ostberlin, 5. die Saar, 6. die Gebiete unter polnischer Verwaltung (jenseits der Oder und Neiße), 7. Nordostpreußen, das sich die Sowjetunion einverleibt hat (siehe Karte).

Diese Balkanisierung Deutschlands kann nicht auf unbestimmte Zeit andauern. Sie wird eine beständige Quelle der Unruhe in Europa sein. Es ist unmöglich, einem großen Volk das natürliche Recht zu verweigern, unter einem gemeinsamen staatlichen Dach zu leben. Deutschland ist jetzt der Vorposten beider Militärböcke. Der Kalte Krieg tobt hier am heftigsten. Nachrichtendienste und Propagandaorganisationen beider Seiten arbeiten auf deutschem Boden.

Seit dem Korea-Krieg von 1950 führte der Kalte Krieg zu der Entscheidung, Deutschland wieder zu bewaffnen, und zwar auf beiden Seiten. Jetzt haben wir die Tatsache vor uns, daß es zwei deutsche Armeen geben wird, deren jede einem Militärbündnis angehört, das dem anderen feindlich gegenübersteht. Wer wagt es, diese Lage nicht als tragisch zu empfinden, welche Gründe auch immer zu ihr geführt haben mögen?

Die Genfer Konferenzen sind vom deutschen Volk mit einiger Hoffnung und viel Skeptizismus beobachtet worden. Immerhin hat es ein Resultat gegeben: die führenden Weltmächte haben die Gefahren eines unbegrenzten Wettrüstens, vor allem mit Atomwaffen, erkannt und versuchen, die internationalen Spannungen zu mildern. Das geht nur, wenn auch der Kalte Krieg beendet wird. Dieser wird aber in Europa fort dauern, solange Deutschland gespalten bleibt. Keine dauerhafte Friedensorganisation für Europa ist möglich, solange das Herz Mitteleuropas zerschnitten ist. Die Teile Deutschlands werden aneinander rütteln. In einem Erdbebengebiet kann man kein dauerhaftes Haus errichten.

Die Sympathie des deutschen Volkes wird sich demjenigen zuwenden, der das Äußerste für die Wiederherstellung der deutschen Einheit tut. Nicht in Worten; die sind billig. Sondern in Taten, selbst wenn sie mehr Aktivität, mehr Elastizität und mehr Willen zum Risiko bedeuten, als wir im Moment aufbringen. Eine Politik ohne Risiko gibt es überhaupt nicht. Wir können nur das kleinere unter den Risiken auswählen. Das deutsche Volk muß fühlen, daß die Sache seiner Einheit bei den Demokraten in besseren Händen ist als bei den Kommunisten. Wir dürfen das böse Beispiel der Weimarer Republik nicht wiederholen, als die Demokratien dem Erpresser Hitler sogar noch mehr gaben, als sie der demokratischen Regierung Deutschlands verweigert hatten. Die Sowjets spekulieren auf das Wiedererstehen der unheiligen Allianz von Kommunismus und deutschem Nationalismus, wie sie 1931 in den Todeskämpfen der Weimarer Republik und 1939 vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bestand.

Die Kommunisten hoffen auf den Nachwuchs in der Sowjetzone. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 hat bewiesen, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gegen die Kommunisten steht, die bei freien Wahlen keine Chance hätten. Aber der jährliche Flüchtlingsstrom von mehr als 300 000 Menschen aus Mittel- nach Westdeutschland beraubt die Sowjetzone gerade der aktivsten Elemente im Kampf gegen den Kommunismus. Die Gegner werden verhaftet oder zur Flucht gezwungen. Andere verlieren die Hoffnung auf die Wiedervereinigung und damit die Befreiung und finden sich mit dem Regime ab, um ihre Existenz und die ihrer Kinder zu sichern. Jedes Jahr verläßt ein Jahrgang junger Menschen die Schulen, der nie eine lebendige Demokratie erlebt hat. Die heute Fünfunddreißigjährigen waren zwölf Jahre alt, als Hitler an die Macht kam. Die Hälfte der Bevölkerung der Sowjetzone hat keine persönliche Erfahrung mit der politischen Demokratie. Sie empfinden den Kommunismus als Fremdherrschaft, sind aber nicht in der demokratischen Lebensform erzogen worden, haben das Gefühl nicht gewonnen, als Bürger für sich und ihre Gemeinschaft verantwortlich zu sein. Je länger die Wiedervereinigung auf sich warten läßt, um so mehr können die Kommunisten auf die Resultate dieser Entwicklung warten. Sie verlieren zwar jedes Jahr eine bedeutende Wirtschaftskraft durch die Abwanderung der Menschen nach Westen, aber sie gewinnen an Einheitlichkeit und politischer Zuverlässigkeit in ihrer Zone. Auf lange Sicht wird die Zone für die Freiheit verloren sein, wenn wir sie nicht aus Moskaus Griff erlösen können.

Aber wie? Kein Deutscher mit Ausnahme der sehr wenigen Kommunisten will die politische Freiheit Westdeutschlands um der Einheit willen preisgeben. Regierung und Opposition in Westdeutschland sind in dem Ziel einig: Einheit und Freiheit. Aber nur auf friedlichem Wege. Ein Krieg würde das deutsche Volk nicht vereinigen, sondern zerstören, vielleicht die ganze

Menschheit. Weder die Deutschen noch ein anderes Volk will das Leben für die deutsche Einheit verlieren. Die Wiedervereinigung kann also nur durch ein Abkommen erreicht werden, und zwar zwischen den vier Mächten, die Deutschland besiegt, besetzt und gespalten haben und deren bewaffnete Kräfte sich dort befinden. Zu diesem Abkommen braucht man alle vier. Eine friedliche Lösung kann nicht erreicht werden mit den drei Westmächten gegen die Sowjetunion oder mit den Sowjets gegen den Westen. Es muß gelingen, eine Lösung zu finden, welche allen vieren und den Deutschen annehmbar ist.

Die gegenwärtigen Positionen des Ostens und des Westens zu diesem Problem sind miteinander unvereinbar. Jeder versucht, den Teil Deutschlands auch noch militärisch in seine Hände zu bekommen, der sich auf der anderen Seite befindet. Ohne Krieg ist das nicht zu erreichen. Beide Seiten müssen ihre Positionen berichtigen. Der einzige Teil Deutschlands, in dem es eine freigewählte Regierung gibt, hat die Pflicht, die Initiative zu ergreifen, um geeignete Vorschläge zu entwickeln, welche allen Beteiligten annehmbar wären. Die Deutschen sind schließlich an der Lösung dieses Problems am stärksten interessiert. Wenn im Volk der Eindruck entstünde, daß die eigene Regierung auf diesem Gebiet nicht genug tut, wird die Demokratie an Boden verlieren.

Der gemeinsame Nenner kann natürlich nicht die Aufforderung zur bedingungslosen Übergabe eines Teiles Deutschlands von einem Militärblock an den anderen sein. Die Vereinigten Staaten würden nie ein sowjetisches Kommando an Rhein und Ruhr dulden. Außerdem wollen die Deutschen das nicht. Aber umgekehrt werden auch die Sowjets den amerikanischen General Gruenther nicht an der Oder kommandieren sehen wollen, selbst wenn die Deutschen das wünschten, was nicht der Fall ist. Wir müssen das Sicherheitsbedürfnis aller Beteiligten beachten. Und zwar nicht nur, was jeder Beteiligte nach der Meinung des anderen, sondern nach seiner eigenen Meinung als Sicherheitsbedürfnis empfindet. Nach langem Kampf hat sogar Dr. Adenauer ein russisches Sicherheitsbedürfnis anerkannt. Das scheint zwar Unsinn zu sein, wenn man an die 175 sowjetischen Divisionen gegenüber den wenigen NATO-Divisionen in Europa denkt. Aber die Sowjets erinnern sich daran, daß deutsche Truppen bis nach Moskau, Leningrad und Stalingrad marschierten, als die Vereinigten Staaten mit den Russen verbündet waren. Die Sowjetunion ist von der Vorstellung geängstigt, wohin deutsche Truppen vielleicht vordringen würden, wenn diese mit den Amerikanern verbündet sind. In den Tatsachen von heute findet diese Furcht keine Stütze. Aber sie ist durch die Ereignisse der Vergangenheit entstanden. Rußland hat damals ein schweres psychologisches Trauma erlitten. So haben die grausamen Taten unserer eigenen kriminellen Führer ihre bösen Folgen für unser Volk bis zur Gegenwart. Ähnliche Probleme stellen sich ja nicht nur nach Osten, sondern zum

Beispiel auch in unserem Verhältnis mit dem französischen Nachbarvolk, wie sich deutlich bei den Auseinandersetzungen in Frankreich um die EVG (EDC) bemerkbar machte.

Im Hinblick auf diese Gründe ist die Forderung, daß ein wiedervereinigtes Deutschland NATO-Mitglied sein sollte, genau so ein Hindernis gegen die Wiedervereinigung, wie die kommunistische Forderung nach Bolschewisierung ganz Deutschlands es sein würde. Die Formel, daß das wiedervereinigte Deutschland das Recht haben müßte, über seine Militärbündnisse frei zu entscheiden und infolgedessen in den Atlantikpakt einzutreten, hat die gleiche Wirkung. Wenn nämlich Deutschland vereinigt würde und hätte dieses Recht, dann würde es in den Atlantikpakt eintreten. Wir wissen das und die Russen auch. Wir müssen infolgedessen einen Vorschlag entwickeln, der diese Frage ernsthaft angeht und ihr nicht ausweicht. Es muß also der militärische Status des wiedervereinigten Deutschlands diskutiert werden. Das ist ja von den Westmächten auf der Genfer Konferenz geschehen, als sie Zonen mit beschränkten Streitkräften auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges vorschlugen. Wenn das die Entscheidungsfreiheit der künftigen deutschen Regierungen nicht beeinträchtigt, tut es eine Diskussion über Teilnahme oder Nichtteilnahme an einer Militärallianz auch nicht. Es ist in Wahrheit auch nur nötig, eine Übergangslösung zu finden für die Zeit von der Wiedervereinigung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit der freigewählten gesamtdeutschen Regierung. Dieser Vertrag wird dann endgültig den militärischen Status Deutschlands mit der Unterschrift aller Teilnehmer, auch des deutschen, bestimmen.

Aus diesen Erwägungen schlugen die deutschen Sozialdemokraten seit einer Reihe von Jahren ein kollektives Sicherheitssystem für Europa vor. Die Idee hat ihren Weg gemacht und findet sich jetzt in verschiedenen Formen in den sowjetischen und den westlichen Vorschlägen. Eine Militärallianz richtet sich immer gegen einen Außenstehenden. Das ist auch für ein Defensivbündnis wie die NATO richtig. Jedermann weiß, daß sie der gemeinsamen Abwehr gegen die Sowjetunion dient. Ein System der kollektiven Sicherheit brandmarkt nicht schon in Friedenszeiten einen bestimmten Staat als möglichen Angreifer. Infolgedessen verschärft es nicht die internationalen Spannungen, sondern mildert sie. Es schließt, ohne ihn zu nennen, den möglichen Angreifer ein und sagt allen Teilnehmern: Wer unter uns den Frieden stört und einen Angriff auf einen von uns begeht, trifft auf den gemeinsamen Widerstand aller anderen. Dieser Gedanke findet sich in der UNO-Charta, ist aber infolge des Vetorechtes im Sicherheitsrat nicht weltweit verwirklicht worden. Er könnte aber als Leitgedanke für die Lösung der deutschen Frage dienen, wenn hier ein Sicherheitssystem ohne Vetorecht geschaffen würde.

Kennan hat einmal ausgeführt, daß die vier Mächte sich ja nur zu ver-

pflichten brauchten, keine Militärallianz mit Deutschland einzugehen. Dann wäre ein Hindernis gegen die Wiedervereinigung aus dem Wege geräumt. Das reicht aber nicht aus. Deutschland und seine Nachbarn können keine Sicherheit durch die Entstehung eines Vakuums im Herzen Europas finden. Deutschland muß bereit sein, die Verpflichtung zu übernehmen, zu seiner eigenen Verteidigung im Falle einer Aggression mit eigenen (vermutlich) begrenzten Streitkräften im Rahmen eines solchen Sicherheitssystems beizutragen. Aber es würde nicht schon in Friedenszeiten als Aufmarschplatz eines Blocks gegen den anderen dienen. Es könnte dem Westen eine Radarlinie an seinen östlichen Grenzen und den Sowjets eine solche an den westlichen Grenzen einräumen. Das ist für niemand eine Gefahr, aber für jeden ein gewisser Schutz gegen plötzliche Angriffe und ein Ausgleich für die Aufgabe strategischer Positionen. Deutschland würde nach dem freien Willen seiner Bevölkerung wirtschaftlich, sozial, kulturell und politisch ein Partner der freien Welt sein, selbst wenn es um der Erlösung von 17 Millionen seiner Landsleute willen in Zukunft kein formeller militärischer Verbündeter der NATO wäre.

Die Regierung der Bundesrepublik muß erklären, ob sie selbst bereit ist, die Wiedervereinigung durch die Entwicklung einer Politik in ähnlicher Richtung zu fördern. Jede Hoffnung auf die Einheit schwindet, wenn nicht Elastizität genug dazu aufgebracht wird. Wir müssen unseren westlichen Freunden die Lage erklären, wie wir sie sehen. Nur nach dieser Aussprache, nach der Erarbeitung einer gemeinsamen Linie zwischen der Bundesrepublik und ihren westlichen Verbündeten, ist eine Erkundung der russischen Position diesen Gedanken gegenüber möglich. Entgegen weitverbreiteter Meinung hat diese Erkundung nie stattgefunden. Die Sowjetunion ist niemals gefragt worden, ob sie der Wiedervereinigung zustimmen würde, wenn sie sicher sein könnte, daß ein wiedervereinigtes Deutschland kein Mitglied einer Militärallianz wäre.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland geben die Möglichkeit, Westdeutschland als den am stärksten interessierten Staat in diese Aufklärungsaufgaben einzuschalten. Die Bundesrepublik kann nichts ohne oder gegen die Westmächte tun. Deutschland braucht die Übereinstimmung zwischen ihm und den *vier* Besatzungsmächten. Westdeutschland kann nicht dadurch das Vertrauen der Russen gewinnen, daß es das des Westens verliert. Es muß das Vertrauen des Westens in ein demokratisches Deutschland bewahren und das sowjetische Zutrauen in eine friedliche Nachbarschaft der Deutschen gewinnen.

Die Bundesrepublik Deutschland kann gültig abgeschlossene internationale Verträge nicht zerreißen. Die Sozialdemokraten haben die Pariser Verträge bekämpft. Aber als Demokraten respektieren sie die Entscheidung der qualifizierten Mehrheit. Jene Verträge binden aber nur die Bundesrepublik, nicht das wiedervereinigte Deutschland. Sie werden nicht verletzt, wenn man

mit unseren westlichen Partnern darüber diskutiert, ob das wiedervereinigte Deutschland nicht einen anderen Status als den der Pariser Verträge bekommen sollte. Die Verträge selbst sehen ja sogar eine Anpassung vor, wenn die Wiedervereinigung sie erforderlich macht: «Article 10 – This Signatory States will review the terms . . . in the event of the reunification of Germany, or an international understanding being reached . . . on steps towards bringing about reunification of Germany . . .»

1952 war es wahrscheinlich, daß die Sowjetunion der Wiedervereinigung zugestimmt hätte allein unter der Bedingung der Nichtzugehörigkeit Deutschlands zu einer Militärallianz mit den Vereinigten Staaten. Die amerikanische Überlegenheit in der Atomrüstung war so groß, daß die Sowjetunion jenes Bündnis fürchtete und einen Preis gezahlt hätte, um es zu verhindern. Zwar kann das niemand beweisen; der Versuch ist aber nie unternommen worden. Inzwischen hat die Welt das atomare Gleichgewicht entstehen sehen. Amerika ist zwar noch überlegen. Beide Seiten wissen aber, daß ein Atomkrieg beide zerstören würde. Heute reicht allein das Interesse der Sowjetunion an der Nichtteilnahme Deutschlands am Atlantikpakt für die Wiedervereinigung nicht mehr aus. Die Härte der westlichen Politik hat dazu geführt, daß inzwischen der Preis für die Wiedervereinigung höher geworden ist. Die Sowjetunion hat keine Angst mehr vor dem deutsch-amerikanischen Bündnis. Das heißt aber noch lange nicht, daß es seinen Teil Deutschlands in dieses Bündnis hineingibt. Sondern das heißt nur, daß man noch ein anderes Interesse Rußlands finden muß, um überhaupt die Freigabe der Sowjetzone zu erreichen. Erst dann würde der militärische Status geregelt werden müssen nach den Gedanken, die oben entwickelt sind.

Welches Interesse können die vier Mächte an der Wiedervereinigung Deutschlands haben? Der Westen muß wissen, daß die Ausdehnung der Freiheit auf 17 Millionen Menschen, die jetzt unter kommunistischer Herrschaft leben, eine weltgeschichtliche Großtat wäre. Man kann auch in London und Paris ruhiger schlafen, wenn russische Truppen und Flugbasen einige 100 km weiter nach Osten verlegt werden müssen. Der Frieden ist dauerhafter zu organisieren, wenn Deutschland kein Unruheherd mehr ist. Man kann dann auch ein gesundes Europa schaffen, weil sein Herz wieder in Ordnung ist. Und schließlich ist die deutsche Demokratie erst stabilisiert, wenn die Last der Spaltung von diesem Volk genommen ist.

Auf sowjetischer Seite kommt es darauf an, ein Interesse des russischen Staates zu finden, das größer ist als das an der Aufrechterhaltung des kommunistischen Regimes in der sowjetischen Besatzungszone. Die Sowjetunion muß sich entscheiden, ob die Freundschaft mit dem ganzen Volk nicht sehr viel mehr wert ist als die Herrschaft einer kleinen Clique und dafür die Feindschaft dieses Volkes. Ein dauerhafter Frieden mit der Beseitigung von Un-

ruheherden an ihren Grenzen ist auch für die Sowjetunion interessant. Ein militärischer Status, der den Aufmarsch feindlicher Militärallianzen von ihrer Haustür fernhält, behält seinen Wert. Schließlich aber wird es sich darum handeln, gemeinsam mit den Westmächten festzustellen, ob es wirtschaftliche Interessen der Sowjetunion gibt, die wir ohne Aufgabe lebenswichtiger Interessen als Gegenleistung für die Wiedervereinigung erfüllen können. Ferner scheint die Sowjetunion auf einige Zeit an einer Politik der Entspannung interessiert zu sein, die scheitern muß, wenn sich in Deutschland die Spannungen verschärfen. All diese verschiedenen Motive werden keines für sich, aber alle zusammen vielleicht einen hinreichend großen Anreiz bieten. Klarheit darüber ist nur in Moskau zu gewinnen. Und nur, wenn die Bundesrepublik auch in diesen Fragen im Einverständnis mit den Westmächten die erforderlichen Gespräche führt.

Selbst wenn ein Interesse der Sowjetunion an der Wiedervereinigung geweckt werden könnte, muß immer noch an das Bedürfnis der Großmacht gedacht werden, ihr Gesicht vor ihren eigenen Satelliten nicht zu verlieren. Wiedervereinigung in Freiheit heißt Aufgabe des kommunistischen Regimes in der Zone. Die Situation ist aber nicht so, daß selbst ein hoher Preis die Sowjetunion veranlassen könnte, dieses Regime in dramatischer, halbrevolutionärer Form davonjagen zu lassen. Die Sowjets werden sich kaum einer Ohrfeige aussetzen, wie sie die französische Saarpolitik einstecken mußte. Mit demokratischer Moral kann man den kommunistischen Gewaltherrschern leider nicht kommen. Es ist also vorauszusehen, daß selbst eine Zustimmung der Sowjets zur Aufgabe der kommunistischen Herrschaft über die Zone die Wiedervereinigung nur allmählich und in Formen bringen würde, die formell die Zustimmung der Zonenregierung zum Ausdruck brächte. Man müßte also wohl dahin kommen, bei den Sowjets Verständnis für Veränderungen im Bereich der Zone zu schaffen, die schon vor gesamtdeutschen Wahlen der Bevölkerung der Zone eine demokratisch legitimierte Vertretung verschafften. Dafür gibt es eine ganze Reihe brauchbarer Ideen. Es ist nutzlos, sie hier zu erörtern. Man muß versuchen, ihre Tragfähigkeit nach Absprache mit den Westmächten in Moskau zu ergründen. Eines jedenfalls kann man nicht: Mit den kommunistischen Herrschern in Pankow über ihre eigene Abschaffung verhandeln. Dieses Thema kann nur mit Moskau selbst erörtert werden. Die Machthaber werden ihre Positionen in der Sowjetzone nur dann allmählich aufgeben, wenn Moskau sie dazu zwingt. Auf keinen Fall kann auf wirklich freie und geheime Wahlen zur Schaffung eines gesamtdeutschen Parlamentes und einer gesamtdeutschen Regierung verzichtet werden. Lediglich über die Schritte und Zeiträume ist zu diskutieren, wie man praktisch dahin kommt.

Die Sowjetunion hat das Thema aufgeworfen, wie das wiedervereinigte Deutschland innenpolitisch aussehen solle. Darüber sagt das Grundgesetz der

Bundesrepublik Deutschland in Artikel 146: «Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.» Es wird also weder die Sowjetzone an die Bundesrepublik angeschlossen noch die Bundesrepublik durch die Sowjetzone annektiert. Die bisher getrennten Teile müssen vielmehr zusammenwachsen, und das gesamtdeutsche Haus wird innen so ausgestattet, wie es seine Bevölkerung durch freie Wahlen entscheidet. Würde man nur die Bundesrepublik auf die Sowjetzone ausdehnen wollen, dann wäre das ein Betrug an der Bevölkerung der Sowjetzone. Sie soll nicht einfach hinnehmen müssen, was andere entschieden haben, sondern selbst mitentscheiden, wie Deutschland im einzelnen auszusehen hat.

Es gibt eine Reihe von Machtpositionen in West- und Mitteldeutschland, deren Inhaber wenig Interesse an der Wiedervereinigung haben. In Mitteldeutschland sind es die Kommunisten, die ihre Herrschaft nicht verlieren wollen. In Westdeutschland sind es manche Wirtschaftszweige, welche die Konkurrenz der Sowjetzone fürchten. Andere Wirtschaftszweige allerdings erhoffen sich Vorteile von einem größeren gesamtdeutschen Binnenmarkt. Einige politische und soziale Gruppen sind nur durch die abnormen Bedingungen der Spaltung in bestimmte Herrschaftspositionen hineingelangt. Mitteldeutschland mit Berlin sind Ursprung und Hochburg des deutschen Protestantismus und der deutschen Sozialdemokratie gewesen. Beide haben in dem vorwiegend katholischen und konservativen Westdeutschland nie eine überragende Rolle gespielt. Beide atmen nur auf einem Lungenflügel, solange Deutschland nicht wieder vereinigt ist. Daraus erklärt sich, daß die Idee der Wiedervereinigung in protestantischen und sozialdemokratischen Kreisen besonders lebhaften Widerhall findet. Es ist aufschlußreich zu wissen, daß in Westdeutschland jetzt 50 Prozent Katholiken 50 Prozent Protestanten gegenüberstehen, während es im alten Deutschland ein Drittel zu zwei Dritteln waren. In einem Land, in dem der Katholizismus nicht nur eine religiöse Kraft ist, sondern auch als politische Macht auftritt, hat das einige Bedeutung.

Die aktivsten Mahner für die Wiedervereinigung sind zwei der Zahl nach nicht bedeutende, aber dennoch wirksame Menschengruppen: die Widerstandskämpfer gegen das Sowjetregime in der Zone und die aus der Zone nach Westdeutschland Geflüchteten, deren ganze Sehnsucht natürlich nach der Rückkehr in eine von der kommunistischen Herrschaft befreite Heimat geht. Aber auch diese Flüchtlinge sind keineswegs der Meinung, daß alles, was seit 1945 in der Sowjetzone geschehen ist, ungeschehen gemacht werden kann. Die Kommunisten sprechen von sogenannten sozialen Errungenschaften. Es ist nicht versucht worden, zu ergründen, was sie genau damit meinen. Sie selbst verstehen darunter sicher auch den kommunistischen Terrorapparat mit der Volkspolizei und den Gewaltgerichten. Es gibt aber einige Probleme, bei denen

die kommunistische Propaganda in der Bevölkerung der Sowjetzone Wiederhall findet, wenn wir sie nicht vernünftig aufgreifen. Sicher müssen die Deutschen selbst entscheiden, wie ihr Land aussehen soll. Aber die politischen Kräfte in Westdeutschland haben das Recht und die Pflicht zu sagen, wie sie sich diesen Inhalt vorstellen. Versuchen wir, das an drei Beispielen zu erklären.

1. Die Bodenreform hat den Großgrundbesitz zerschlagen. Zehntausende von Bauern wurden auf diesen Gütern angesiedelt. Allerdings hat die kommunistische Bürokratie sie fast zu Landarbeitern erniedrigt, indem sie ihnen so viel Vorschriften aufzwang, daß in Wirklichkeit kein freies Grundeigentum übrig bleibt. Wiedervereinigung kann nicht bedeuten, daß man diese Bauern wieder vom Land vertreibt und dafür die früheren Großgrundbesitzer einsetzt. Man muß vielmehr die Bauern zu wirklichen Eigentümern machen und sie von der kommunistischen Vormundschaft befreien. Etwas anderes ist die Frage der Entschädigung an diejenigen, die durch die Bodenreform ihre Existenz verloren haben. Man muß ihnen nach den Grundsätzen des Rechtsstaates die Möglichkeit zu einem Neuanfang – wenn sie wollen auch als Landwirte – geben.

2. Die sogenannten volkseigenen Betriebe gehören in Wahrheit nicht dem Volke, sondern der kommunistischen Planungsbürokratie. Die Arbeiter werden stärker ausgebeutet als in vielen Privatbetrieben. Es handelt sich zum Teil um große Industrieanlagen, die 1945 durch den Krieg und die Demontagen völlig zerstört waren. Die Arbeiter haben sie unter großen Opfern aufgebaut. Sie fanden dabei nicht die Hilfe ihrer Besatzungsmacht wie die Bewohner Westdeutschlands, sondern mußten aus ihren Leistungen noch an Rußland abgeben. Sie würden es nicht verstehen, wenn jetzt die von ihnen aus dem Nichts geschaffenen Anlagen den Aktionären übergeben würden, die 1945 einen Schrotthaufen besessen haben. Hier müssen Formen gefunden werden, welche die Betriebe den Krallen der Kommunisten entreißen, sie zu lebendigen Wirtschaftskörpern in einer freiheitlichen Gesellschaft machen, aber gleichzeitig denen ein Stück Eigentum einräumen, die sie geschaffen haben. Vorbild hierfür könnte die alte Carl-Zeiß-Stiftung in Jena sein, die seit 1906 ihren Arbeitern gehörte und trotzdem von den Kommunisten vierzig Jahre später enteignet wurde. Zu unterscheiden hiervon sind Zehntausende von kleinen und mittleren privaten Existenzen, die von den Kommunisten widersinnig zertreten wurden und denen man die Rückkehr in ihre alten Betriebe ermöglichen muß.

3. In der Sowjetzone ist heute der Zugang zu höheren und Berufsschulen unabhängig vom Geldbeutel des Elternhauses. Es wird kein Schulgeld erhoben. Die Studierenden erhalten sogar ihren Lebensunterhalt vom Staat bezahlt. Dafür ist die Gesinnungsschnüffelei in den Vordergrund getreten: Das Elternhaus muß so tun, als sei es zuverlässig kommunistisch, und Schüler

und Studenten müssen sich in den Organisationen des Regimes betätigen, wenn sie nicht ihren Platz verlieren wollen. Hier muß die Wiedervereinigung das kommunistische Gesinnungsprivileg brechen, darf aber nicht das alte Geldbeutelprivileg wiederherstellen.

Was kann jetzt geschehen? Diplomatisch muß eine westdeutsche Initiative zur Erarbeitung einer gemeinsamen Linie bei den Westmächten unternommen und dann im Sinne der gefundenen Vorstellungen der neue Draht nach Moskau auch benützt werden.

Inzwischen aber muß alles geschehen, um die Spaltung nicht weiter zu vertiefen und die Entfremdung aufzuhalten. Dazu muß man den Willen zur Freiheit in der Bevölkerung der Sowjetzone erhalten. Ihr muß das Leben so gut wie möglich erleichtert werden. Wir dürfen keinen Eisernen Vorhang schaffen, sondern müssen möglichst viele Löcher in den kommunistischen Eisernen Vorhang bohren. Wir sind an einem möglichst starken Verkehr von Menschen, Nachrichten und Waren zwischen den Teilen Deutschlands interessiert. Je größer dieser Verkehr ist, desto unwirksamer sind das kommunistische Meinungsmonopol und der Zwang gegenüber der Bevölkerung, desto besser wissen die Menschen, wie es in einer freien Gesellschaft wirklich aussieht. Durch den Wirtschaftsverkehr können wir auch Hilfe leisten, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben. Der kulturelle Austausch muß das Gefühl der Zusammengehörigkeit im gleichen Volk und in der gleichen Gemeinschaft des europäischen Kulturkreises wachhalten. Wir dürfen keine Angst davor haben. Die Kommunisten können ihre Gedanken offen oder getarnt im Westen sowieso verbreiten, auch wenn sie keinen Erfolg damit haben. Der Austausch ist für uns schon nützlich, wenn er nur ein Minimum von Gegenwirkung durch uns in die Gebiete unter kommunistischer Herrschaft hinein erlaubt. Außerdem müssen wir wissen, wie es in der Sowjetzone wirklich aussieht. Wir dürfen nicht einer einseitigen Propaganda der einen oder der anderen Seite verfallen. Sonst sind wir bei jeder Berührung mit der Wirklichkeit hilflos. Wir müssen auch die geistige Auseinandersetzung vor allem mit der jungen Generation in der Sowjetzone nicht scheuen, sondern suchen.

Auf allen diesen Gebieten sollten wir vorangehen und Forderungen an die Herren in Pankow stellen. Über diese Forderungen kann man auch verhandeln und Vereinbarungen abschließen. Sie sind sehr konkret. Es gibt ja doch schon Abmachungen über den Interzonenhandel, den Postverkehr, die Eisenbahn. Das muß weiterentwickelt werden. Die Grenze liegt dort, wo man die kommunistischen Herren ausdrücklich als Regierung anerkennen würde. Das darf nicht geschehen, denn es würde psychologisch den Widerstand der Bevölkerung gegen die ihr verhaßte Regierung brechen und das kommunistische Regime stärken. Deshalb haben die Sozialdemokraten in Genf den Vorschlag

gemacht, daß die vier Mächte durch ein Rahmenabkommen den deutschen Behörden die Regelung bestimmter Fragen im Auftrage der vier Mächte übertragen sollten. Das hätte diese Schwierigkeit gelöst. Leider ist der Vorschlag nur entstellt wiedergegeben und nicht aufgegriffen worden.

Der Bundesrepublik ist durch die Pariser Verträge die Souveränität verliehen worden. Moskau hat Pankow gegenüber die gleiche Erklärung abgegeben. Darin liegt die Gefahr, daß sich die vier Mächte der Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands entziehen. Dennoch ist in den Pariser Verträgen festgehalten, daß die vier Mächte nach wie vor die Verantwortung für die Wiedervereinigung und für die Herbeiführung des Friedens mit dem wiedervereinigten Deutschland tragen. Wirklich souverän in vollem Sinne wird Deutschland erst, wenn es wiedervereinigt ist und den Friedensvertrag abgeschlossen hat. Es kämpft allerdings nicht um mehr Souveränität, als seine Nachbarn zu bewahren wünschen. Es ist bereit, in Zukunft den gleichen Teil an Souveränität auf gemeinsame europäische Einrichtungen zu übertragen, wie das andere auch tun.

Die Politik der Wiedervereinigung, zu der sich auch die Westmächte bekannt haben, muß wieder glaubwürdig gemacht werden. Das Scheitern der Genfer Konferenzen hat den Glauben an die Worte fast schwinden lassen. Dazu muß man beweisen, daß man bereit ist, Opfer zu bringen. Die westdeutsche Wirtschaft zum Beispiel muß sich vorbereiten, für den Fall der Wiedervereinigung durch ein großzügiges Hilfsprogramm die wirtschaftlich zurückgebliebene Sowjetzone möglichst bald an den Stand der Leistungsfähigkeit Westdeutschlands heranzuführen. Glaubwürdig sind wir auch nur, wenn wir nicht von Minderwertigkeitskomplexen der Demokraten gegenüber totalitärer Macht befallen sind. Wir dürfen keine Angst vor den Kommunisten und auch keine vor den neonazistischen Sekten haben. Die letzteren haben ohnehin keine Bedeutung. Der beste Kampf gegen die kommunistische Infiltration besteht in einer aktiven Politik.

Wir müssen zeigen, daß die Strategie kein Hindernis gegen die Wiedervereinigung sein darf. Militärische Basen in einem Land sind wertlos, wenn sie eines Tages von der Bevölkerung als politische Hypothek empfunden werden. Sie sind dann politisch verloren und haben ihren militärischen Sinn eingebüßt. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands ergibt sich auch militärisch eine neue Lage, für die man die entsprechende strategische Konzeption bei gutem Willen entwickeln kann.

In der Behandlung des Saargebietes müssen wir Moskau beweisen, daß der Westen es mit der Wiedervereinigung Deutschlands ernst meint. Die Sowjets empfinden unsere Vorstöße wegen freier Wahlen und Wiedervereinigung als Heuchelei und nehmen sie nicht ernst, solange die Westmächte mit der Wiedervereinigung nicht dort anfangen, wo sie ein Gebiet von Deutsch-

land abgetrennt haben und nicht von den Russen daran gehindert werden können, es mit Deutschland zu vereinigen. In diesem Sinne war die Saarabstimmung ein gutes Argument für freie Wahlen auch in der Sowjetzone, denn es bewies, daß der Westen endlich glaubwürdig handelt.

Über die Grenzen Deutschlands kann erst in einem Friedensvertrag entschieden werden. Wiedervereinigung bedeutet zunächst nur den Zusammenschluß der jetzigen vier Besatzungszonen und damit die Erlösung der Sowjetzone von kommunistischer Herrschaft. Damit ist nichts gesagt über das Schicksal der Oder-Neiße-Linie. Keine deutsche Regierung ist ermächtigt, Entscheidungen über Grenzen zu fällen und damit dem Friedensvertrag vorzugreifen. Das kann nur eine freigewählte Vertretung des ganzen deutschen Volkes tun. Rechtlich besteht Deutschland in den Grenzen von 1937 fort. Politisch weiß jeder Deutsche, daß die Grenzziehung im Osten nicht so bleiben kann, wie sie jetzt provisorisch festgelegt worden ist, daß aber auch wohl kaum alles so werden wird, als hätte Deutschland den Krieg nicht angefangen und verloren. Diesen Konsequenzen muß man nüchtern ins Auge sehen. Gerungen aber wird um dieses Problem erst auf der Friedenskonferenz, wenn Deutsche mit am Tisch sitzen.

Bedeutet die Wiedervereinigung Deutschlands das Abschreiben derjenigen mittel- und osteuropäischen Staaten, die gegen ihren Willen seit 1944 unter kommunistische Herrschaft gebracht wurden? Keineswegs. Wenn wir aber keinen Weltkrieg wollen – und den will niemand –, dann kann die Wiederherstellung der Freiheit nur mühsam Schritt für Schritt erreicht werden. Auf einer Konferenz der Europäischen Bewegung trat ein Tscheche mit warmen Worten für die Wiedervereinigung Deutschlands ein, auch wenn man nicht gleichzeitig die anderen Völker erlöse, weil die Aussichten für ein Heranreifen freiheitlicher Zustände in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Polen und den anderen Staaten besser sind, wenn sie als Nachbarn ein wiedervereinigtes, gesundes, demokratisches Deutschland wissen und nicht mehr ein Teil Deutschlands als sowjetischer Satellit zu operieren gezwungen ist.